



Foto: picture alliance

ABRÜSTEN!

WAFFEN UNTER KONTROLLE BRINGEN

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



www.gruene-bundestag.de



Damaskus, Juli 2016. Foto: Khabieh/Reuters

GLOBAL ABRÜSTEN

Abrüstung muss ein Grundpfeiler jeder Außenpolitik im Dienste des Friedens und der Sicherheit sein. Aufrüstung und Rüstungsexporte in Krisenregionen dagegen tragen zur Destabilisierung bei, heizen militärische Konflikte und Gewalt gegen die Zivilbevölkerung an.

Unter der schwarz-roten Bundesregierung verkommt Abrüstungspolitik zu einer traurigen Fußnote. Union und SPD erhöhen die Mittel für den Verteidigungshaushalt, es droht ein Rückfall in die gefährlichen Muster des Kalten Krieges. Auch weltweit stehen die Zeichen auf Aufrüstung: Die Beziehungen zwischen NATO und Russland sind eisig, im Syrien-Krieg sind nicht einmal Chemiewaffeneinsätze tabu, Nordkorea testet Atomwaffen. Es herrscht ein Klima, in dem die Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrages scheiterte, Proliferationsrisiken zunehmen und die Nuklearwaffenstaaten massive Aufrüstungs- und Modernisierungspläne verfolgen. Eine Wiederbelebung der globalen abrüstungspolitischen Anstrengungen ist notwendiger denn je.

Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem Konflikt im Osten der Ukraine hat Russland die nationale Souveränität und die territoriale Integrität eines Staates missachtet. Mehr Militär und Aufrüstung werden jedoch nicht zu einer Lösung dieser Krise führen, sondern bergen große Risiken. Die gezielten Sanktionen der Europäischen Union und das Dialogangebot waren die richtigen Antworten. Eine militärische Lösung kann und darf es nach wie vor nicht geben.

Aufgabe der EU muss es sein, zur Deeskalation und Friedensförderung beizutragen. In den Beziehungen mit Russland ist es dringend notwendig, die Grundlagen für Vertrauen und ein friedliches Miteinander zu stärken. Rüstungskontrolle und gemeinsame Abrüstung sind für uns die Schlüssel zu Sicherheit und Frieden in Europa. Es gilt, die Rüstungskontrolle wiederzubeleben und den Dialog, beispielsweise über den NATO-Russland-Rat, einzufordern. Dazu gehören gegenseitige Kontrollen, Informationsaustausch und größtmögliche Transparenz. Wir wollen die Instrumente stärken und modernisieren, die in den letzten Jahren an Bedeutung verloren haben oder gar ausgesetzt wurden. Dazu zählen insbesondere eine Nachfolgeregelung zum Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) sowie eine größere Unterstützung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

FÜR EINE ATOMWAFFENFREIE WELT

Die weltweite Bedrohung durch Atomwaffen ist keineswegs gebannt. Im Gegenteil, immer mehr Staaten streben nach militärischen Atomprogrammen. Für immense Summen modernisieren die Nuklearstaaten ihre Arsenale. Auch die Gefahr, dass Nuklearmaterial aus militärischer oder ziviler Nutzung entwendet und für verheerende Anschläge genutzt wird, wächst weiterhin.

Nur wer selbst bereit ist, auf den vermeintlichen Schutz durch Atomwaffen zu verzichten, kann das auch von anderen verlangen. Wir treten für ein atomwaffenfreies Deutschland ein und fordern, dass die Bundesregierung auf die Stationierung von US-Atomwaffen auf deutschem Territorium verzichtet – genauso wie auf die Bereitstellung von Personal und Trägersystemen. Anstatt den vom Bundestag 2010 beschlossenen Abzug dieser Atomwaffen endlich umzusetzen, unterstützen Union und SPD aber deren Modernisierung und zementieren damit ihren Verbleib.

Deutschland sollte sich tatkräftig für eine Welt frei von atomaren Massenvernichtungswaffen einsetzen. Doch nichts dergleichen geschieht. Der „Humanitären Initiative“, die auf die katastro-

phalen humanitären Folgen eines Nuklearwaffeneinsatzes aufmerksam macht und eine weltweite Ächtung dieser schrecklichen Waffen anstrebt, sind seit 2012 über 150 Länder beigetreten. Nicht jedoch Deutschland, die Bundesregierung lehnt einen Beitritt zu dieser Initiative ab. Außerdem stimmte sie gegen die Aufnahme von Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot innerhalb der Vereinten Nationen. Das widerspricht allen Abrüstungspolitischen Bekenntnissen der Bundesregierung.

Statt abzurüsten, stecken sowohl Russland als auch die USA dreistellige Milliardenbeträge in die Modernisierung dieser Massenvernichtungswaffen. Es geht aber nicht nur um nukleare Abrüstung zwischen den beiden großen Atommächten. Überall sind Maßnahmen zur Reduktion der Arsenale notwendig, ebenso wie die Einrichtung von Zonen, die frei sind von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen. Dem Atomwaffen-sperrvertrag wollen wir neue Bedeutung verleihen, die nächste Überprüfungskonferenz darf nicht wieder in einem Desaster enden. Außerdem muss Deutschland sich für eine internationale Ächtung von Nuklearwaffen und ihrem Einsatz starkmachen, um dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt näherzukommen.

KEINE INVESTITIONEN FÜR STREUMUNITION

Zivilgesellschaftliche Initiativen können entscheidende Impulse geben und so die internationale Politik zum Besseren verändern. Ein Beleg dafür war die Unterzeichnung der Konvention zum Verbot von Streumunition im Jahr 2008. Sie ist nach wie vor ein großer Erfolg und nach dem Verbot von Landminen ein zweiter großer Meilenstein zur Ächtung von grausamen Waffen, die noch Jahre nach einem Konflikt Leid und Tod über die Zivilbevölkerung bringen. Doch Deutschland setzt diese Konventionen, die bereits seit Jahren in Kraft sind, nur halbherzig um. Die Ächtung von Antipersonenminen und Streumunition hindert beispielsweise deutsche Banken und Versicherungen keineswegs daran, in Unternehmen zu investieren, die solche besonders verwerflichen und verbotenen Waffen herstellen.

Die grüne Bundestagsfraktion fordert, nicht nur solche Waffen zu ächten, sondern auch Investitionen in die Produktion und Entwicklung völkerrechtswidriger Waffen zu verbieten. Hier ist kein Herz für Banken und Investmentfonds gefragt, sondern ein beherztes Eintreten für ein wirksames Investitionsverbot.



Eine sogenannte Cluster Bomb, Syrien, Nov 2015. Foto: Khabieh/Reuters

URANMUNITION ÄCHTEN

Noch immer setzen einige Staaten Geschosse mit abgereicherem Uran ein. Neben ihrer unmittelbaren Wirkung bringt diese radioaktive Munition unabsehbare langfristige Risiken mit sich. Die dauerhaften Schäden für Mensch und Natur werden jedoch ausgeblendet und kleingeredet. So zieht sich der Streit über die radiologischen und toxischen Folgen von Uranmunition hin. Dabei wäre eine Ächtung dieser Munition – ähnlich der von Landminen und Streumunition – international anzustreben. Die Bundesregierung muss ihre Haltung hierzu überprüfen und sich bei den Vereinten Nationen den Staaten anschließen, die ein Moratorium erreichen wollen.

AUTONOME WAFFENSYS- TEME JETZT VERBIETEN!

Technologien, die ohne menschliches Zutun über den Einsatz von Waffen entscheiden, sind kein fernes Science-Fiction-Szenario mehr. Mittels Robotik und Sensorik sind technische Entwicklungen denkbar, die menschliches Handeln beim Einsatz von Waffen teilweise oder gänzlich überflüssig machen. Die Rüstungsindustrie betrachtet autonome Waffensysteme als Markt der Zukunft. Für uns sind solche Waffensysteme ein menschenverachtendes Vorhaben, das wir unbedingt verhindern müssen. Niemals darf die Entscheidung über Leben und Tod eines Menschen an Maschinen abgegeben werden.

Die Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen in Genf ist ein Gremium, das dieser Entwicklung Einhalt gebieten könnte. Wie schon beim Verbot von Blendlaser-Waffen sollte sie auch hier präventiv Grenzen, Definitionen und Regeln festlegen. Die grüne Bundestagsfraktion fordert ein weiteres Protokoll der Waffenkonvention der Vereinten Nationen zum Verbot tödlicher autonomer Waffensysteme.



Im Drohnenkrieg verletzte Zivilisten in Peshawar, Pakistan. Foto: Springer Pakistan/Reuters



Foto: Reuters

KEINE KAMPFDROHNEN FÜR DIE BUNDESWEHR

Unbemannte Kampfdrohnen werden heute bereits zu Beobachtung, Aufklärung und Zerstörung eingesetzt – wie kaum eine andere Technologie häufig in völkerrechtswidriger Weise. Zudem treiben sie eine Entgrenzung der Kriegsführung voran. Der zunehmende Einsatz dieser Waffensysteme ist verantwortlich für eine hohe Zahl ziviler Opfer, in vielen Krisengebieten hat er zur Gewalteskalation beigetragen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, nicht weiter wegzusehen, wenn die USA ihre Militärbasen in Deutschland für völkerrechtswidrige Drohnenangriffe in anderen Staaten nutzen, sondern dafür zu sorgen, dass das Völkerrecht eingehalten wird. Die Beschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr lehnen wir ab.



Foto: mauritius images/grzegorz knec/Alamy

MEHR CYBERSICHERHEIT

Die Digitalisierung und voranschreitende Vernetzung unserer globalisierten Welt bringt viele Vorteile, aber auch Gefahren mit sich. Gesellschaften werden immer abhängiger von Informationstechnologie und -infrastruktur. Staaten und nichtstaatliche Akteure nutzen den digitalen Raum zunehmend für Angriffe – oftmals mit gravierenden Folgen. Internationale Bemühungen um Sicherheit und Schutz der digitalen Infrastruktur kommen zu kurz. IT-Sicherheit ist nur durch internationale Regeln und klare rechtsstaatliche Strukturen der Zusammenarbeit zu erreichen.

Die grüne Bundestagsfraktion wendet sich gegen die fortschreitende Militarisierung des digitalen Raums. Weder die Bundeswehr noch andere staatliche Stellen dürfen gesetzeswidrige Überwachungen oder Eingriffe in informationstechnische Systeme durchführen. Es ist zwar notwendig, militärische Infrastruktur und die Bundeswehr besser vor IT-Angriffen zu schützen. Doch offensive, auch präventive Attacken auf „gegnerische Netze“ lehnen wir ab. Außerdem darf der Schutz der inneren Sicherheit und kritischer ziviler Infrastruktur im digitalen Raum nicht der Bundeswehr als zusätzliche Aufgabe übertragen werden. Wir treten für neue internationale Übereinkünfte und eine friedliche Nutzung des Netzes ein. Dazu muss auch das Völkerrecht weiterentwickelt werden.

KEINE BEWAFFNUNG DES WELTRAUMS

Der Weltraumvertrag von 1967 konnte weder die rasante technologische Entwicklung voraussehen noch die heute relevanten Fragen berücksichtigen. Zusehends verschwimmen die Grenzen zwischen zivilen und militärischen Aktivitäten im Weltraum. Wir brauchen dringend neue Regeln, damit die friedliche Nutzung weiterhin garantiert werden kann. Bevor noch mehr alleskönnende Satelliten oder andere Objekte ins All geschossen werden, sollten bestehende Initiativen zur friedlichen Nutzung des Weltraums vorangetrieben, gestärkt und modernisiert werden.

Die grüne Bundestagsfraktion setzt sich gegen die Aufrüstung im All ein und strebt ein zeitgemäßes, internationales Regelwerk an.

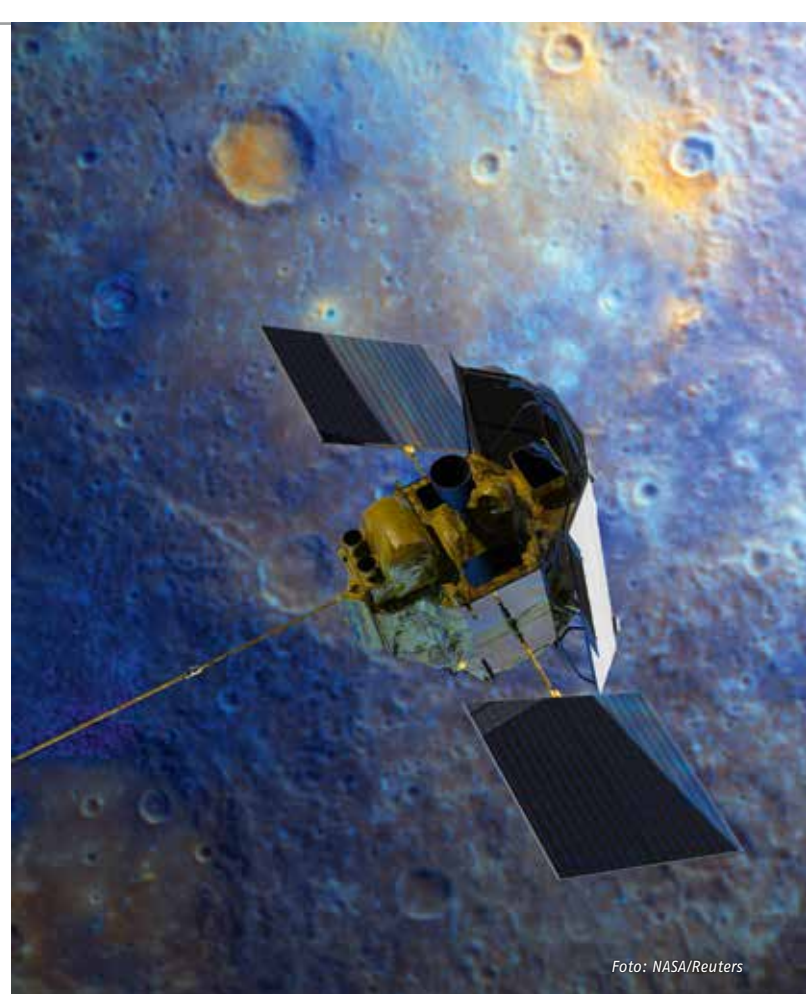


Foto: NASA/Reuters



NATO-RAKETENABWEHR SCHAFFT NICHT MEHR, SONDERN WENIGER SICHERHEIT

Die NATO hält an ihrem Plan einer Raketenabwehr für Europa fest. Kosten und Nutzen stehen dabei jedoch weiterhin in einem starken Ungleichgewicht. Schlimmer noch: Die einzige Begründung für die Raketenabwehr war bislang eine potenzielle Bedrohung aus dem Iran. Mit der diplomatischen Einigung im Iran-Nuklearstreit ist dieses Bedrohungsszenario nun erst einmal in weite Ferne gerückt.

Die grüne Bundestagsfraktion fordert von der Bundesregierung, die teuren und technisch unausgereiften Pläne für eine Raketenabwehr nicht weiter zu unterstützen.

Menschenkette gegen die atomare Aufrüstung,
Fulda, September 1984

**Damals wie heute:
Für eine Welt ohne Atomwaffen.**

Foto: picture alliance/K.Rose

DAS SIND UNSERE FORDERUNGEN

- » Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland
- » ein Verbotsvertrag zur Ächtung von Atomwaffen
- » Beitritt zur „Humanitären Initiative“
- » Verbesserung der Transparenz über Nuklearwaffen durch Einrichtung eines Kernwaffenregisters und Offenlegung der Plutoniumbestände
- » Nichtverbreitung rüstungssensibler Nukleartechnologien
- » Stärkung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa, eine Neuauflage des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) und eine Weiterentwicklung des Wiener Dokuments
- » Verbot von Investitionen in völkerrechtswidrige Waffen wie Landminen und Streumunition
- » Zusatzprotokoll zur präventiven Verhinderung von Letalen Autonomen Waffensystemen
- » Stärkung der internationalen Regeln zur IT-Sicherheit
- » keine Bewaffnung des Weltraums – Beginn internationaler Verhandlungen für zeitgemäße Weltraum-Regeln
- » kein weiterer Ausbau der NATO-Raketenabwehr

NOCH FRAGEN?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Arbeitskreis 4: Internationale Politik und Menschenrechte

TEL 030/227 58944, FAX 030/227 56912

info@gruene-bundestag.de

ZUM WEITERLESEN:

- » gruene-bundestag.de » Themen » Frieden
- Abonnieren Sie unseren monatlichen E-Mail-Newsletter „Internationale Politik und Menschenrechte“ unter: gruene-bundestag.de » News » Newsletter-Registrierung

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

18/3410 VN-Resolution zu Uranmunition zustimmen

18/3409 Neue Dynamik für nukleare Abrüstung –
Beitritt zur Humanitären Initiative

18/192 Entschließungsantrag zum EU-Gipfel 2013

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

IMPRESSUM:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Stefan Kaminski, Titel: Mauritius

Stand: Dezember 2016, Schutzgebühr: 0,05 €

